

Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse
Band: 95 (2004)
Heft: 12

Rubrik: Notiert = Noté

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Probleme bei Allokationsplänen für Emissionen

(e/vö) Nur fünf EU-Mitgliedstaaten haben Ende März termingeschreit ihre Nationalen Allokationspläne (NAP) nach Brüssel gemeldet und zwar Österreich, Deutschland, Dänemark, Irland und Finnland. Die NAPs werden von entscheidender Bedeutung für den Zertifikatspreis, die Erzeugnisstruktur und in der Folge auch für den Elektrizitätspreis sein. Die Europäische Kommission hat bis Ende Juni Zeit, um zu überprüfen, ob die Nationalen Allokationspläne mit den Vorgaben des Annex III der Emissionshandelsrichtlinie bzw. dem Guidance Paper zum NAP vereinbar sind. Trotz bestehender Unterschiedlichkeit der bis dato übermittelten NAPs zeigen sich folgende Trends:

- Zuteilung grossteils kostenlos,
- freie Reserve für neue Marktteilnehmer,
- keine Überführung von Befreiungen von einer Zuteilungsphase in die nächste,
- Grossteil der Reduktionen werden der Elektrizitätswirtschaft auferlegt.

EnAW unterzeichnete erste CO₂-Zielvereinbarung

(efch) Bundesrat Moritz Leuenberger und Rudolf Ramsauer, Präsident der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW), unterzeichneten am 23. April die erste von der EnAW erarbeitete Zielvereinbarung. Insgesamt 45 Unternehmensgruppen mit über 600 Betrieben verpflichten sich darin, bis 2010 ihren CO₂-Ausstoss im Vergleich zu 1990 um rund 13% zu senken. Die Unternehmen er-

hoffen sich damit, im Falle der Einführung einer CO₂-Abgabe von deren Entrichtung befreit zu werden.

Der Verbund von 45 Unternehmensgruppen umfasst über 600 Betriebe, unter anderem aus der schweizerischen Chemie-, Papier-, Stahl- und Aluminiumindustrie. Die 45 Unternehmensgruppen verursachen 2,4 Millionen Tonnen CO₂ oder rund einen Viertel der aus Brennstoffen stammenden CO₂ Emissionen der Wirtschaft.

Weitere rund 30 Unternehmens-

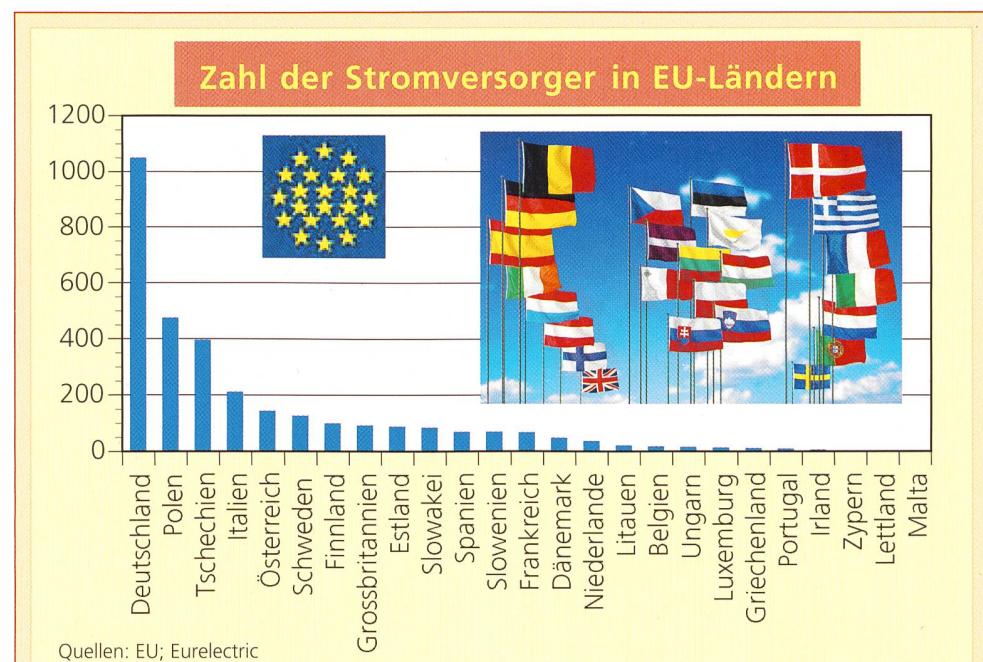


45 Unternehmensgruppen mit über 600 Betrieben verpflichten sich ihren CO₂-Ausstoss zu senken (im Bild Produktion bei Novartis).

gruppen arbeiten noch an ihren individuellen Zielvereinbarungen. Ihre Reduktionsziele sollen Anfang 2005 in eine erweiterte Zielvereinbarung der EnAW integriert werden. Gesamthaft werden die

in der EnAW organisierten Unternehmensgruppen dann einen Drittel aller aus Brennstoffen stammenden CO₂-Emissionen der Wirtschaft oder rund 3,3 Millionen Tonnen CO₂ umfassen.

notiert



Rund 3000 Stromversorger in der neuen EU

(vdew/m) Rund 3000 Stromversorger gibt es in der auf 25 Länder erweiterten Europäischen Union (EU). Rund ein Drittel davon sind deutsche Unternehmen. Der deutsche Strommarkt weist mit seinen gut 1000 Unternehmen die grösste Vielfalt in der EU auf. Dahinter folgte Polen mit rund 500 und Tschechien mit rund 400 Stromversorgern. In den Zahlen sind die Unternehmen aller Wertschöpfungsstufen einbezogen. Länder, in denen nur ein Unternehmen für die Stromversorgung verantwortlich ist, sind z.B. Zypern, Lettland und Malta. Die zehn Beitrittsstaaten bringen Kraftwerke mit insgesamt rund 75 000 MW Leistung in die EU ein.

In Strommärkten wie Frankreich, Italien oder Belgien dominieren einzelne Unternehmen die Marktstruktur. In den Strommärkten von Grossbritannien, Estland, der Slowakei, Spanien und Slowenien sind zwischen 50 und 100 Unternehmen aktiv. In der Schweiz gibt es gegen 900 Stromversorger, vor allem auf der Stufe Verteilung. Die meisten sind traditionell in Gemeindestrukturen integriert. Tendenziell wird jedoch mit zunehmender Markttöffnung ein weiterer Konzentrationsprozess erwartet.



Strahm: Strombranche im Visier.

Strahm ist neuer Preisüberwacher

(evd) Auf Antrag von Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements (EVD), hat der Bundesrat den Wirtschaftsberater Rudolf Strahm (Nationalrat SP, Bern) zum neuen Preisüberwacher ernannt. Strahm, der seine neue Tätigkeit am 1. August 2004 aufnehmen wird, übernimmt die Nachfolge von Werner Marti. Beim ersten Interview nach seiner Ernennung bezeichnete Strahm die leistungsgebundenen Bereiche wie Strom, Gas und Telekommunikation als Schwerpunkte seiner zukünftigen Tätigkeit.

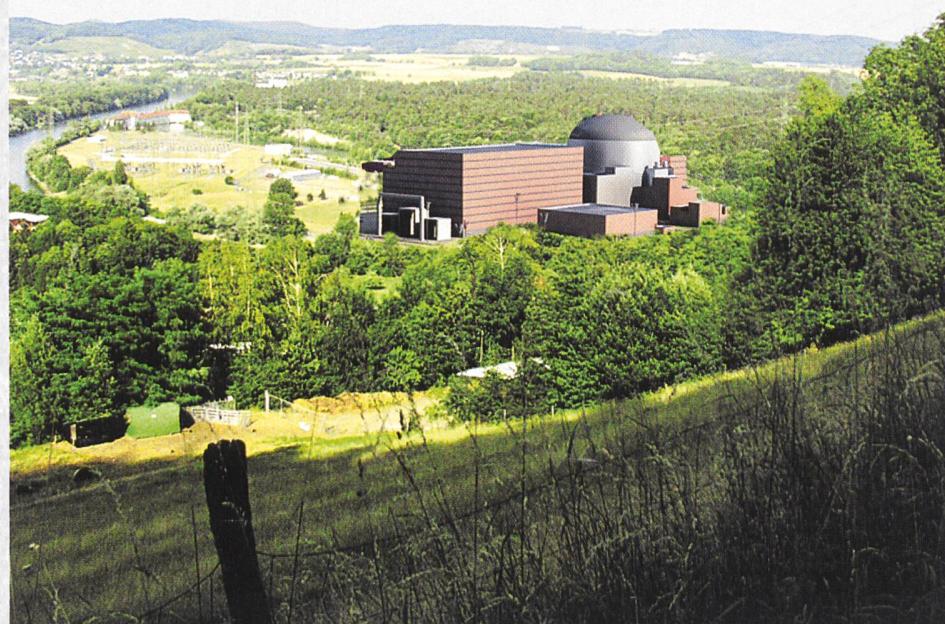
Schweizer Schuld für Strompanne in Italien?

(m/d) Die Ursache für den grossen Blackout in Italien vom vergangenen Herbst soll in der Schweiz liegen. Zu diesem Schluss kommt ein Zwischenbericht der italienischen Behörden. Die Schweizer hätten das Problem unterschätzt und falsch reagiert.

Die Schweizer Netzbetreiber hätten ungenügende Massnahmen ergriffen, heisst es im Bericht. Nachdem ein Baum die Lukmanierleitung unterbrochen hatte, hätten die Schweizer den korrekten Eingriff unterschätzt. Darauf sei auch die Leitung über den San Bernardino ausgefallen.

Die Schweizer Behörden wurden über den Zwischenbericht noch

Neue Debatte um Kernenergie



EPR-Reaktor (Fotomontage).

(d/m) Die Schweizer Elektrizitätswirtschaft sucht nach Ersatz für die Kernkraftwerke Beznau-1 und -2 sowie Mühleberg. Dabei rückt der Bau eines neuen, leistungsfähigen Reaktors in die Debatte. Wenn die drei Blöcke um das Jahr 2020 vom Netz gehen, verliert die Schweiz Kraftwerkskapazitäten in Höhe von 1100 MW. Gemäss verschiedenen Zeitungsberichten herrsche in der Branche Einigkeit, dass man die alten Kraftwerke mit einem einzigen Kraftwerk ersetzen würde. Den Ausfall könne ein EPR mit 1600 MW Leistung kompensieren.

Die Diskussion um ein neues Kernkraftwerk ist lanciert. Die bisherige Entwicklung zeigt jedoch, wie schwierig die Realisierung eines solchen Projekts werden könnte.

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden in der Schweiz ein Dutzend Kernkraftwerke geplant. Aber nur fünf davon wurden gebaut. Ans Netz gingen die NOK-Kernkraftwerke Beznau-I (1969, AG) und Beznau-II (1971, AG), Mühleberg BE (1971, BKW), Gösgen SO (1979, KKG/Atel) und Leibstadt AG (1984, KKL/EGL).

Sechs weitere Kernkraftwerke wurden in den sechziger Jahren projektiert. Wachsende politische Opposition und Zweifel an der Wirtschaftlichkeit neuer Anlagen führten indes zur Aufgabe dieser Projekte. Die am weitesten gediehenen Projekte Kaiseraugst AG und Graben BE wurden vom Bund 1988/89 sistiert.

Für die Projekte Rheinklingen TG und Rüthi SG (beide NOK), Inwil LU (CKW) und Verbois GE (EOS) waren nie atomrechtliche Bewilligungsgesuche gestellt respektive erteilt worden. Sie wurden in den Siebziger- und Achtzigerjahren aufgegeben.

nicht informiert. Eine Untersuchung des Vorfalls auf Schweizer Seite war zum Schluss gekommen, dass nicht der Zwischenfall mit dem Baum den Blackout verursacht hatte, sondern die unregelten Transitflüsse. Ein zweiter Teil des Berichts, der im Mai erscheinen soll, wird sich mit der Verantwortung auf italienischer Seite auseinander setzen.

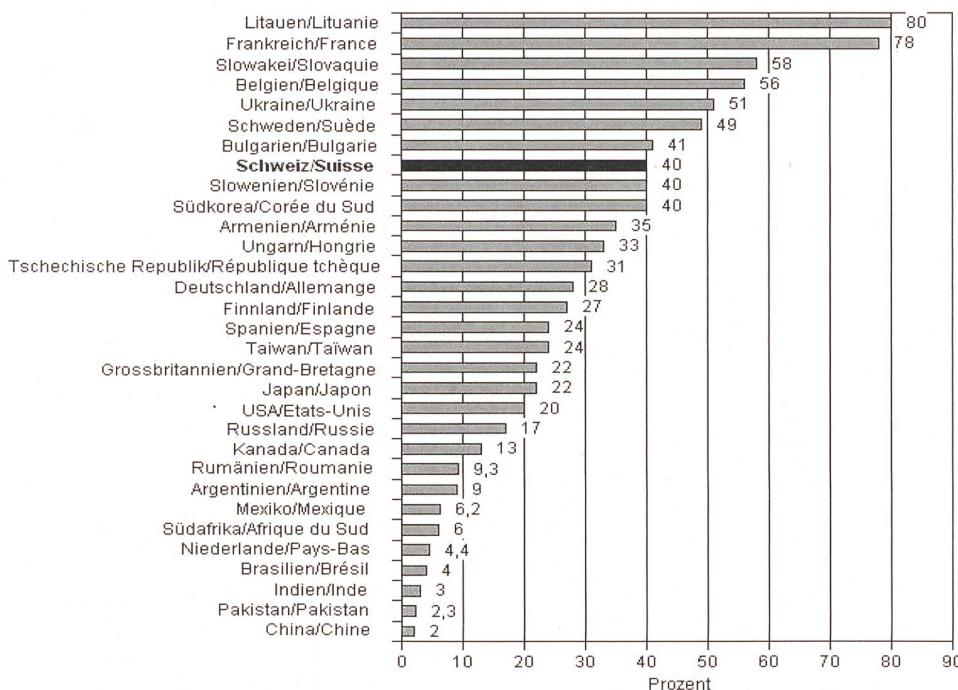
UCTE-Schlussbericht zum Blackout

(efch) Am 27. April 2004 ist der Schlussbericht der UCTE über die Ereignisse, die zum Stromblackout in Italien vom 28. September 2003 geführt haben, erschienen. Er bestätigt weitgehend die Resultate des im Oktober 2003 veröffentlichten Zwi-

schenberichtes. Vorwürfe werden gegen die ETRANS – die Schweizerische Organisation für die Koordination des Übertragungsnetzes – und gegen den italienischen Netzbetreiber (GRTN) erhoben. Offenbar war das Notfallmanagement für die «heisse» Viertelstunde ungenügend.

Weltweit werden 17% des Stroms nuklear erzeugt

Atomstromanteile 2003/part de l'énergie nucléaire 2003



Schweizer Kern-energie - Zuverlässiger Lieferant von 40% des Stroms

(sva) In der Schweiz hat sich in den vergangenen Jahren ein Strommix etabliert, der unserem Land mit fast 60% Wasserkraft und 40% Kernenergie eine praktisch CO₂-freie Stromproduktion garantiert. Durch Leistungssteigerungen konnte auch die jährliche leichte Stromverbrauchszunahme soweit ausgeglichen werden, dass das Verhältnis gleich geblieben ist. Mit dieser hohen und sicheren Kernenergie-Produktion befindet sich die Schweiz weltweit gesehen im Mittelfeld der Länder, die einen Teil ihrer Stromproduktion auf Kernenergie abstützen.

Kernenergieerzeugung in Westeuropa

Ein Blick über die Grenzen zeigt bei den übrigen Kernenergieländern in Westeuropa folgendes Bild: Frankreich erzeugt seit Jahren mehr als drei Viertel seines Stroms nuklear, letztes Jahr lag der Anteil bei 78%. Den zweit-

höchsten Anteil im Westen erzielt die Kernenergie mit 56% in Belgien. Schweden, das wie die Schweiz die Kernenergie als Ergänzung zur Wasserkraft einsetzt, kommt auf 49%. In diesem Land (das 1980 den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen hatte) zeichnet sich in den kommenden Jahren eine Steigerung der Kernenergieproduktion an, werden doch in verschiedenen Kernkraftwerksblöcken Leistungs erhöhungen geplant, die gesamt haft mehr als 4% der aktuellen Leistung des Parks ausmachen. In Westeuropa erzeugen weiter Deutschland (28%), Finnland (27%), Spanien (23%), Grossbritannien (22%) sowie die Niederlande (4,4%) Atomstrom. Auch in Finnland ist eine Steigerung des Atomstromanteils absehbar, wird dort doch mit dem Kernkraftwerksblock Olkiluoto-3 das fünfte Kernkraftwerk gebaut, das vor aussichtlich 2009 den Betrieb aufnehmen wird.

... und im Rest der Welt

In Osteuropa erzeugt Litauen mit seinen beiden Kernkraftwerksblöcken 80% der Landesproduktion. Dahinter folgen die Slo-

wakei mit 58%, die Ukraine (51%), Bulgarien (41%), Slowenien (40%), Armenien (35%), Ungarn (33%), die Tschechische Republik (31%), Russland (17%) und Rumänien (9,3%). Ein Blick auf weitere Kernenergie produzierende Länder zeigt folgendes Bild: In Amerika betreiben die USA (20%), Kanada (13%), Argentinien (9%), Mexiko (6,2%) und Brasilien (4%) Kernkraftwerke. In Afrika erzeugt als einziger Staat Südafrika Strom aus Uran,

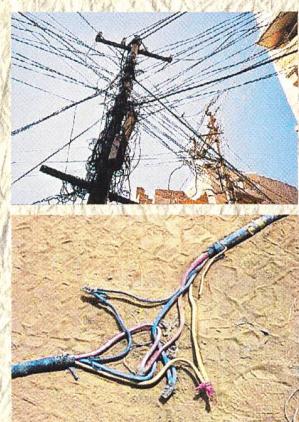
vergangenes Jahr belief sich der Anteil an der Gesamtstromerzeugung auf 6%. In Asien setzen Südkorea (40%), Taiwan (24%), Japan (22%), Indien (3%), Pakistan (2,3%) und China (2%) auf die Kernenergie. In Asien befindet sich auch die Hälfte der heute in Bau stehenden 32 Kernkraftwerke. Weltweit werden rund 17% des Stroms nuklear erzeugt.

Schweizer CO₂-Perspektiven

(efch) Gemäss CO₂-Gesetz müssen die CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber 1990 um 10% gesenkt werden, bei den Brennstoffen um 15%, bei den Treibstoffen um 8%. Um diese Ziele zu erreichen, dürften jedoch die bis zum jetzigen Zeitpunkt getroffenen Massnahmen nicht ausreichen. Vielmehr werden ohne zusätzliche Anstrengungen die CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber 1990 gesamthaft nur um 3,8% sinken. Dies ist das Ergebnis der Aktualisierung der CO₂-Perspektiven für das Jahr 2010 durch die Firma Prognos, welche im Auftrag des BUWAL durchgeführt wurde. Um die Ziel lücken zu schliessen, beabsichtigt das UVEK dem Bundesrat zwei Varianten zu unterbreiten, eine Variante mit CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffen sowie eine Variante mit CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und Klima rappen auf Treibstoffen.

«Weltmeister» im Stromklauen

(sü) In keinem Land der Welt wird so viel Strom illegal ab genommen wie in Indien. Nach Schätzungen gehen den Elektrizitätswerken dadurch jährlich zehn Milliarden Dollar verloren. Allein in Neu-Delhi würden rund die Hälfte des Stromverbrauchs illegal abgezapft. Jetzt sollen Sondergerichte dem Treiben Einhalt gebieten.



So wird in Indien der Strom «verlängert».